



Vorlage-Nr.: **6342-2026/DaDi**

Fachbereich: Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Christian Grunwald
Claudia Schlipf-Traup

Beteiligungen:

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Betrieb der Flugroute ‚Cindy S‘ und des Anflugverfahrens Segmented Approach beenden! – Änderungsantrag Grüne**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg unterstützt die Menschen und Kommunen im Kreis in ihrem Engagement gegen den Fluglärm.
2. Der Kreistag fordert die Verantwortlichen in Bund und Land dazu auf, die Anzahl der Flugbewegungen auf 500.000 pro Jahr zu begrenzen.
Die Grenzen des Zumutbaren für die Menschen und die Umwelt in der Region sind bereits heute überschritten.
3. Der Kreistag fordert von der Landesregierung, für alle Kreiskommunen zu prüfen, ob die unter Punkt 6 der „STRUKTUR DER FLUGLÄRMKOMMISSION FRANKFURT MAIN: Kriterien für die Mitgliedschaft, Benennungsverfahren und weitere Aspekte (gültig für den Berufszeitraum vom 1.1.2024 bis 31.12.2027)“ genannten Kriterien bezüglich der Abflugroute „Cindy S“ und/oder des segmentierten Anflugverfahrens (Segmented Approach) erfüllt sind.
Die Ergebnisse der Prüfung sind offenzulegen.
4. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss – unabhängig von den Ergebnissen unter Punkt 3 – alle Kreiskommunen, die durch den Betrieb der Flugroute „Cindy S“ und/oder durch das segmentierte Anflugverfahren betroffen sind, dabei zu unterstützen, die Belastungen nach wissenschaftlich anerkannten Kriterien zu ermitteln und zu dokumentieren.
Der Kreisausschuss wird darüber hinaus beauftragt, die betroffenen Kommunen dabei zu unterstützen, die dokumentierten Belastungen bei den zuständigen Stellen von Bund, Land und der Fluglärmkommission vorzubringen.

Begründung:

„Wer Startbahnen und Terminals baut, wird immer mehr Menschen immer stärker mit Fluglärm belasten.“

Die Vertreter*innen von CDU, SPD (und FDP) haben diesen Umstand stets versucht auszublenden und die Belastungen für die Menschen und die Umwelt den ungezügelten Wachstumsplänen der Fraport AG untergeordnet.

Als GRÜNE empfinden wir es als zynisch, wenn die Vertreter*innen dieser Parteien jetzt vor der anstehenden Kommunalwahl mit dem vorliegenden Antrag den Eindruck erwecken wollen, die von den Belastungen durch „Cindy S“ und das segmentierte Anflugverfahren betroffenen Menschen durch den vorliegenden Antrag wirksam vor den Belastungen und dem Fluglärm schützen zu können.

Es ist vielmehr erforderlich, dass der Kreistag möglichst geschlossen deutlich macht, dass die Belastungen durch den Flughafen generell nicht weiter steigen dürfen und damit ein weiterer Anstieg der Flugbewegungen ausgeschlossen werden muss. Folgerichtig ist in einem ersten Schritt die Anzahl der Flugbewegungen auf den heutigen Stand zu begrenzen.

Durch einen Verzicht und Entfall von Kurzstreckenflügen (Ziele sind binnen vier Stunden mit dem Zug/ICE erreichbar) ergeben sich bei gleichbleibender Anzahl der Flugbewegungen ausreichend Gestaltungsspielräume für die Fraport AG und den internationalen Flugverkehr.

Wer die von den neuen Ab- und Anflugverfahren betroffenen Menschen wirksam unterstützen möchte, muss darüber hinaus dafür sorgen, dass deren Belastungen unangreifbar dokumentiert und bei den zuständigen Stellen gesichert und fundiert vorgetragen und eingebracht werden.

Die Fluglärmkommission berät die für den Flugverkehr entscheidungsbefugten Behörden unter anderem in Bezug auf Fluglärm. Es wird dort versucht faktenbasiert einen Ausgleich der Interessen der Kommunen in der Region rund um den Flughafen zu finden und auszuhandeln. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele von Fluglärm betroffene Kommunen des Landkreises darin vertreten sind.